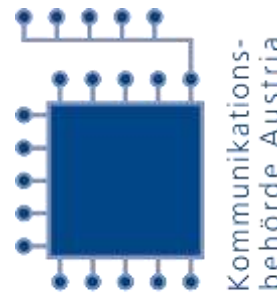


Kommunikationsbehörde Austria (KommAustria)  
 Mariahilfer Straße 77-79, 1060 Wien  
 Telefon: 01/58058-0,  
 Telefax: 01/58058-9191  
 E-Mail: rtr@rtr.at  
 http://www.rtr.at  
 DVR: 4009878 Austria

**Behörde** (Anschrift, Telefon,  
 Telefax, E-Mail, DVR, URL)



KommAustria

Vorname und Familienname oder Nachname sowie Wohnort  
 des/der Beschuldigten

RSb  
 Herrn XY  
 p.A. Wasserverband Südliches Burgenland I  
 Beim Wasserwerk 3  
 7400 Oberwart

Zahl (Bitte bei Antworten angeben!)	Sachbearbeiter/in	Durchwahl	Datum
KOA 13.500/16-072	Mag. Schmidt	438	11. Jänner 2017

## Straferkenntnis

Sie haben

von	bis	in
01.07.2016	24.08.2016	Oberwart

als Obmann des Wasserverbandes Südliches Burgenland I und somit als gemäß § 9 Abs. 1 Verwaltungsstrafgesetz 1991 (VStG), BGBl. Nr. 52/1991 idF BGBl. I Nr. 33/2013, nach außen hin für die Einhaltung der Verwaltungsvorschriften strafrechtlich Verantwortlicher dieses Rechtsträgers, zu verantworten, dass der Wasserverband Südliches Burgenland I in 7400 Oberwart, Beim Wasserwerk 3, Bekanntgaben gemäß § 2 und § 4 Medienkooperations- und -förderungs-Transparenzgesetz (MedKF-TG), BGBl. I Nr. 125/2011 idF BGBl. I Nr. 6/2015, an die Kommunikationsbehörde Austria (KommAustria) innerhalb des Zeitraums von 01.07.2016 bis 15.07.2016 sowie in der mit Schreiben zu KOA 13.250/16-006 gesetzten Nachfrist von vier Wochen, somit bis 24.08.2016, an die KommAustria über die unter [www.rtr.at](http://www.rtr.at) („eRTR/Anmeldung“) abrufbare Webschnittstelle unterlassen hat.

Sie haben dadurch folgende Rechtsvorschrift(en) verletzt:

§ 5 Abs. 1 iVm § 2 Abs. 1 MedKF-TG iVm § 9 Abs. 1 VStG  
 § 5 Abs. 1 iVm § 4 Abs. 1 MedKF-TG iVm § 9 Abs. 1 VStG

Wegen dieser Verwaltungsübertretung(en) wird über Sie folgende Strafe verhängt:

Geldstrafe von Euro	falls diese uneinbringlich ist, Ersatzfreiheitsstrafe von	Freiheitsstrafe von	gemäß
1.) 250,-	3 Stunden	Keine	§ 5 Abs. 1 MedKF-TG iVm §§ 16 und 19 VStG
2.) 250,-	3 Stunden	Keine	§ 5 Abs. 1 MedKF-TG iVm §§ 16 und 19 VStG

Allfällige weitere Aussprüche (zB über die Anrechnung der Vorhaft, über den Verfall oder über privatrechtliche Ansprüche):

Gemäß § 9 Abs. 7 VStG haftet der Wasserverband Südliches Burgenland I für die verhängten Geldstrafen sowie die Verfahrenskosten zur ungeteilten Hand.

Ferner haben Sie gemäß § 64 des Verwaltungsstrafgesetzes 1991 – VStG zu zahlen:

**50,00** Euro als Beitrag zu den Kosten des Strafverfahrens, das sind 10% der Strafe, mindestens jedoch 10 Euro (ein Tag Freiheitsstrafe gleich 100 Euro);

**-0,00** Euro als Ersatz der Barauslagen für

Der zu zahlende **Gesamtbetrag** (Strafe/Kosten/Barauslagen) beträgt daher

**550,00** Euro

### Zahlungsfrist:

Wird keine Beschwerde erhoben, ist dieses Straferkenntnis sofort vollstreckbar. Der Gesamtbetrag ist in diesem Fall binnen zwei Wochen entweder **unter Angabe der Geschäftszahl** auf das Konto der RTR-GmbH mit den Kontodaten **IBAN: AT93 20111 29231280909, BIC: GIBAAATWWXXX** zu überweisen oder bei uns einzuzahlen. Bitte bringen Sie in diesem Fall dieses Straferkenntnis mit.

Erfolgt binnen dieser Frist keine Zahlung, kann der Gesamtbetrag eingemahnt werden. In diesem Fall ist ein pauschalierter Kostenbeitrag in der Höhe von fünf Euro zu entrichten. Erfolgt dennoch keine Zahlung, wird der ausstehende Betrag **vollstreckt** und im Fall seiner **Uneinbringlichkeit** die diesem Betrag entsprechende **Ersatzfreiheitsstrafe** vollzogen.

### Begründung:

#### 1. Gang des Verfahrens

Mit Schreiben vom 27.09.2016, KOA 13.500/16-054, forderte die KommAustria den Wasserverband Südliches Burgenland I zur Nennung seines Verbandsobmannes auf.

Dieser Aufforderung kam der Wasserverband Südliches Burgenland I mit Schreiben vom 03.10.2016 nach. Aus der Stellungnahme geht hervor, dass XY Verbandsobmann ist. Außerdem wurde zugleich die Satzung des Wasserverbandes Südliches Burgenland I sowie die Niederschrift der konstituierenden Mitgliederversammlung des Verbandes vom 03.12.2011 vorgelegt.

Mit Schreiben vom 17.10.2016, KOA 13.500/16-058, leitete die KommAustria gegen den Beschuldigten als außenvertretungsbefugtes Organ des Wasserverbandes Südliches Burgenland I und damit als für die Einhaltung der Verwaltungsvorschriften strafrechtlich Verantwortlichen ein Verwaltungsstrafverfahren ein und forderte ihn zur Rechtfertigung hinsichtlich des Vorwurfs auf, er habe es zu verantworten, dass der Wasserverband Südliches Burgenland I Bekanntgaben gemäß § 2 und § 4 MedKF-TG an die KommAustria innerhalb des Zeitraums von 01.07.2016 bis 15.07.2016 sowie in der mit Schreiben zu KOA 13.250/16-006 gesetzten Nachfrist von vier Wochen, das ist im Zeitraum von 27.07.2016 bis 24.08.2016, auf der unter [www.rtr.at](http://www.rtr.at) unter „eRTR/Anmeldung“ abrufbaren Webschnittstelle unterlassen hat.

Mit Schreiben vom 24.10.2016 wurde seitens des Wasserverbandes Südliches Burgenland I bekanntgegeben, dass der Beschuldigte zur Vernehmung am 17.11.2016 persönlich erscheinen werde.

Am 17.11.2016 um 11:00 Uhr erschien der Beschuldigte persönlich zur mündlichen Vernehmung zum gegenständlichen Verwaltungsstrafverfahren in den Räumlichkeiten der RTR-GmbH.

Im Rahmen der Vernehmung bezog der Beschuldigte zu den gegen ihn erhobenen Vorwürfen Stellung und führte im Wesentlichen aus, dass er erst am 20.10.2016 durch ein E-Mail vom Büro des Wasserverbandes Burgenland I (von Frau AB) über den Vorwurf informiert worden sei. In diesem E-Mail sei dargelegt worden, dass der Wasserverband ein RSa-Schreiben von der KommAustria erhalten habe. In derselben E-Mail sei das betreffende RSa-Schreiben und ein Mailverkehr mit dem Rechnungshof vom Juli 2016 als Anhang mitgesendet worden. Möglicherweise habe es hier eine Verwechslung dahingehend gegeben, als angenommen worden sei, dass durch die Antwort an den Rechnungshof auch die Verpflichtung nach dem MedKF-TG erfüllt sei.

Der Beschuldigte gab weiters an, dass die Meldungen ursprünglich von der Sekretärin Frau CD vorgenommen worden seien und diese mit 01.07.2016 in Karenz gegangen sei. Davor habe sie noch Urlaub konsumiert, weswegen sie bereits zwei bis drei Wochen davor nicht mehr im Büro gewesen sei. Bereits mit 01.04.2016 sei Frau AB als Karenzvertretung und Sekretariatskraft tätig geworden. Diese sei noch in die Tätigkeiten von Frau CD eingeschult worden.

Der Beschuldigte brachte außerdem vor, über Meldungen nach dem MedKF-TG bislang nicht informiert gewesen zu sein. Der Beschuldigte werde von einem Schriftstück an den Wasserverband nur dann in Kenntnis gesetzt, wenn dieses persönlich an ihn adressiert werde. Es sei ihm nicht erklärlich, was mit dem Mahnschreiben passiert ist. Er selbst verbringe nur vier bis fünf Stunden pro Woche beim Wasserverband. Dabei sei das Thema Medientransparenzgesetz bisher nicht zur Sprache gekommen.

Zum konkreten Ablauf des Meldevorgangs von Seiten des Verbandes sei ihm nichts bekannt. Es existiere kein diesbezügliches Kontrollsystem. Er habe als Obmann weder Laptop noch E-Mailzugang. Der Beschuldigte erklärt, dass Frau AB in Hinkunft die Meldungen mit größerer Sorgfalt vornehmen werde.

Zu den Einkommens- und Vermögensverhältnissen nahm der Beschuldigte insoweit Stellung, als er ausführte, dass er Einkommen in der Höhe von EUR pro Monat als Obmann des Wasserverbandes Südliches Burgenland I, EUR pro Monat als Bürgermeister von Markt Neuhodis sowie EUR pro Jahr als Geschäftsführer des P.H.I. Technisches Planungsbüro und Handelsgesellschaft m. b. H. beziehe.

## **2. Entscheidungsrelevanter Sachverhalt**

Der Wasserverband Südliches Burgenland I ist ein Gemeindeverband im Sinne von Art. 116a Bundes-Verfassungsgesetz (B-VG), BGBl. Nr. 1/1930 idF BGBl. I Nr. 102/2014. Gemäß § 9 der Satzung hat der Wasserverband Südliches Burgenland I über folgende Organe zu verfügen: Mitgliederversammlung, Vorstand, Obmann und Schlichtungsstelle. Gemäß § 15 Abs. 1 dieser Satzung obliegt dem Obmann die Vertretung des Verbandes nach außen.

Der Beschuldigte war jedenfalls im Zeitraum von 01.07.2016 bis 24.08.2016 Obmann des Wasserverbandes Südliches Burgenland I.

Am 05.02.2016 sowie am 26.07.2016 hat der Rechnungshof des Bundes auf Grundlage seiner Verpflichtung gemäß § 1 Abs. 3 BVG Medienkooperation und Medienförderung (BVG MedKF-T), BGBl. I Nr. 125/2011, der KommAustria die – zum Stand 1. Jänner 2016 bzw. 1. Juli 2016 aktualisierte – Liste mit ihm bekannten, seiner Kontrolle unterliegenden Rechtsträger übermittelt. Der Wasserverband Südliches Burgenland I ist auf dieser Liste angeführt. Zudem befindet sich der Rechtsträger auch auf der online abrufbaren Liste derjenigen Rechtsträger, die aktuell der Gebarungskontrolle durch den Rechnungshof unterliegen.

Für den Wasserverband Südliches Burgenland I wurden in der Meldefrist von 01.07.2016 bis 15.07.2016, somit innerhalb der Meldephase für das 2. Quartal des Jahres 2016, keine Bekanntgaben nach § 2 und § 4 MedKF-TG in der dafür vorgesehenen Webschnittstelle der RTR-GmbH veranlasst. Mit Schreiben vom 25.07.2016, KOA 13.250/16-006, hat die KommAustria dem Wasserverband Südliches Burgenland I eine Nachfrist von vier Wochen gesetzt. Dieses Schreiben ist dem Rechtsträger am 27.07.2016 zugestellt worden. Die Zustellung ist der Behörde durch Übernahme des Schreibens ausgewiesen. Auch in der Nachfrist, die dem Wasserverband Südliches Burgenland I von der KommAustria gesetzt worden ist, d.h. bis 24.08.2016, sind keine Bekanntgaben nach § 2 und § 4 MedKF-TG erfolgt.

Der Wasserverband Südliches Burgenland I hat bisher, abgesehen vom verfahrensgegenständlichen 2. Quartal 2016, fristgerechte Meldungen (d.h. innerhalb der regulären Meldefrist oder der Nachfrist) erstattet. Dies gilt auch für die Meldephasen betreffend das 3. Quartal und das 4. Quartal 2016.

Der vom Beschuldigten vorgebrachte Mailverkehr mit dem Rechnungshof vom Juli 2016 hatte die Aktualisierung der Liste der der Kontrolle des Rechnungshofes unterliegenden Rechtsträger zum Inhalt. Von Seiten des Wasserverbandes wurde darin bekanntgegeben, dass sich die Stammdaten nicht geändert haben.

Die KommAustria geht von einem monatlichen Nettoeinkommen des Beschuldigten als Obmann, Bürgermeister und Geschäftsführer in der Höhe von EUR aus.

### **3. Beweiswürdigung**

Die Feststellungen zum Wasserverband Südliches Burgenland I beruhen auf der Liste, welche der KommAustria gemäß § 1 Abs. 3 BVG MedKF-T vom Rechnungshof am 05.02.2016 sowie am 26.07.2016 übermittelt wurde sowie aus der Einsichtnahme in die Website des Rechnungshofes, auf welcher die aktuell seiner Gebarungskontrolle unterworfenen Rechtsträger angeführt sind (abrufbar unter: <http://www.rechnungshof.gv.at/beratung/pruefobjekte.html>). Die Feststellung zur Funktion des Beschuldigten als Obmann ergibt sich aus den vom Beschuldigten mit Schreiben vom 03.10.2016 gemachten Angaben sowie der zeitgleich übermittelten Satzung des Wasserverbandes Südliches Burgenland I und der Niederschrift der konstituierenden Mitgliederversammlung des Verbandes vom 03.12.2011.

Die Feststellung über die Zustellung des Mahnschreibens vom 27.07.2016 sowie der weiteren behördlichen Schriftstücke ergibt sich aus den entsprechenden Zustellnachweisen im Akt.

Die Feststellung zur Unterlassung der Bekanntgabe nach den §§ 2 und 4 MedKF-TG innerhalb der dafür vorgesehenen Frist beruht auf den – auch für den Beschuldigten einsehbaren – Aufzeichnungen in der Webschnittstelle. Dort ist auch ersichtlich, dass die Meldungen betreffend die übrigen Quartale fristgerecht erfolgten. Nicht festgestellt werden konnte, ob für das verfahrensgegenständliche 2. Quartal 2016 ‚inhaltliche‘ Meldungen nach den §§ 2 und 4 MedKF-TG oder lediglich Leermeldungen abzugeben gewesen wären.

Die Feststellungen zu den Einkommens- und Vermögensverhältnissen des Beschuldigten beruhen auf den glaubhaften Angaben des Beschuldigten im Rahmen der mündlichen Vernehmung vom 17.11.2016. Dem zufolge geht die KommAustria von einem monatlichen Nettoeinkommen des Beschuldigten als Obmann, Bürgermeister und Geschäftsführer in der Höhe von EUR aus.

### **4. Rechtliche Beurteilung**

#### **4.1. Zuständigkeit der Behörde/Rechtsgrundlagen**

Nach § 1 Abs. 3 des KommAustria-Gesetzes (KOG), BGBl. I Nr. 32/2001 idF BGBl. I Nr. 86/2015, ist die KommAustria für die Kontrolle der Einhaltung der Bekanntgabepflichten in Bezug auf Medienkooperationen, Werbeaufträge und Förderungen nach Maßgabe bundesgesetzlicher Vorschriften zuständig. Die „Wahrnehmung der Aufgaben nach dem MedKF-TG, BGBl. I Nr. 125/2011“ zählt demgemäß nach § 2 Abs. 1 Z 12 KOG zu den Aufgaben der KommAustria.

Gemäß § 5 Abs. 1 MedKF-TG begeht eine Verwaltungsübertretung und ist mit Geldstrafe bis zu 20.000 Euro, im Wiederholungsfall mit einer Geldstrafe bis zu 60.000 Euro, zu bestrafen, wer seiner Bekanntgabepflicht gemäß § 2 oder § 4 bis zu dem in § 2 Abs. 3 genannten Zeitpunkt nicht nachkommt und auch die Nachfrist gemäß § 3 Abs. 2 ungenutzt verstreichen lässt.

#### **4.2. Zum objektiven Tatbestand – Verletzung des § 5 Abs. 1 MedKF-TG**

Auf Grund der Ergebnisse des Ermittlungsverfahrens steht fest, dass der Wasserverband Südliches Burgenland I von den Bekanntgabepflichten nach § 2 und nach § 4 MedKF-TG betroffen ist und diesen in Bezug auf das 2. Quartal 2016 nicht fristgerecht nachgekommen ist.

§ 5 Abs. 1 MedKF-TG lautet:

### **„Verwaltungsstrafe**

§ 5. (1) Wer seiner Bekanntgabepflicht gemäß § 2 oder § 4 bis zu dem in § 2 Abs. 3 genannten Zeitpunkt nicht nachkommt und auch die Nachfrist gemäß § 3 Abs. 2 ungenutzt verstreichen lässt, begeht eine Verwaltungsübertretung und ist mit einer Geldstrafe bis zu 20 000 Euro, im Wiederholungsfall mit einer Geldstrafe bis zu 60 000 Euro zu bestrafen.“

Die maßgeblichen Regelungen der §§ 2, 3 und 4 MedKF-TG lauten:

### **„Bekanntgabepflicht bei Aufträgen**

§ 2. (1) Zu dem in § 1 genannten Zweck haben die in Art. 126b Abs. 1, 2 und 3, Art. 126c, Art. 127 Abs. 1, 3 und 4, Art. 127a Abs. 1, 3, 4 und 9 und Art. 127b Abs. 1 des Bundes-Verfassungsgesetzes – B VG, BGBl. Nr. 1/1930, angeführten sowie sonstige durch Gesetz der Rechnungshofkontrolle unterworfenen Rechtsträger für sämtliche entweder direkt oder unter Vermittlung über Dritte erteilten Aufträge

1. über (audiovisuelle) kommerzielle Kommunikation gemäß § 1a Z 6 des ORF-Gesetzes – ORF-G, BGBl. I Nr. 83/2001, § 2 Z 2 des Audiovisuelle Mediendienste-Gesetzes – AMD-G, BGBl. I Nr. 84/2001, und Werbung und Patronanz gemäß § 19 Abs. 1 und 5 des Privatradiogesetzes – PrR-G, BGBl. I Nr. 20/2001, sowie über Beiträge im Dienste der Öffentlichkeit im Inhaltsangebot des ORF (§ 14 Abs. 9 ORF-G) oder in Hörfunkprogrammen nach dem PrR-G oder in audiovisuellen Mediendiensten nach dem AMD-G und

2. über entgeltliche Veröffentlichungen gemäß § 26 MedienG an Medieninhaber eines periodischen Druckwerks oder sonst an Medieninhaber eines periodischen elektronischen Mediums

den Namen des jeweiligen periodischen Mediums, in dem - mit Ausnahme der Fälle des Abs. 4 - Veröffentlichungen vorgenommen wurden, sowie die Gesamthöhe des jeweils innerhalb für die innerhalb eines Quartals erfolgten Veröffentlichungen (Z 1 und 2) zu leistenden Entgelts nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen bekanntzugeben. Für die nach Z 2 erfassten periodischen Druckwerke bezieht sich die Bekanntgabepflicht auch auf entgeltliche Veröffentlichungen in den dem periodischen Druckwerk angefügten Beilagen oder Sondertitel.

(2) ...

(3) Die Bekanntgabe des Auftraggebers, des Namens des periodischen Mediums und der Gesamthöhe des geleisteten Entgelts für Veröffentlichungen in dem jeweiligen periodischen Medium hat durch die dazu Verpflichteten elektronisch im Wege einer Webschnittstelle (Web-Interfaces) an die KommAustria zu erfolgen. Die Bekanntgabe hat quartalsweise jeweils innerhalb von zwei Wochen gerechnet ab dem Ende eines Quartals zu erfolgen. Die Veröffentlichung dieser Daten durch die KommAustria bestimmt sich nach § 3 Abs. 3.

(4) Wurden für einen Rechtsträger keine Aufträge im Sinne des Abs. 1 im jeweils maßgeblichen Quartal durchgeführt oder beträgt die Gesamthöhe des Entgelts der von einem Medieninhaber eines periodischen Mediums durchgeführten Aufträge nicht mehr als 5000 Euro im jeweiligen Quartal, so ist dies im Wege der Webschnittstelle (Abs. 3) innerhalb der in Abs. 3 genannten Frist gesondert bekanntzugeben. Die Veröffentlichung dieser Information durch die KommAustria richtet sich nach § 3 Abs. 3.

(5) Das geleistete Entgelt ist jeweils als Nettoentgelt anzugeben. Bei Tausch- oder tauschähnlichen Geschäften ist der gemeine Wert anzugeben. Für die Bekanntgabepflicht maßgeblich ist jeweils der Zeitpunkt der Leistungserbringung.“

### **„Verfahren und Details zur Veröffentlichung**

§ 3. (1) ...

(2) Wird innerhalb der in § 2 Abs. 3 genannten Frist von einem Rechtsträger weder eine Bekanntgabe über erteilte Aufträge vorgenommen noch eine Bekanntgabe veranlasst, dass

keine Bekanntgabepflicht besteht, so ist dem betreffenden Rechtsträger von der KommAustria eine Nachfrist von vier Wochen zu setzen.

(3) – (6) ...“

### **„Bekanntgabepflicht und Veröffentlichung von Förderungen und Programmengelt**

§ 4. (1) Zusätzlich zu den Bekanntgabepflichten nach § 2 Abs. 1 haben die dort angeführten Rechtsträger für an Medieninhaber eines periodischen Mediums gewährte Förderungen

1. aus den Fonds gemäß § 29 und § 30 des KommAustria-Gesetzes – KOG, BGBl. I Nr. 32/2001,

2. nach dem Presseförderungsgesetz 2004 – PresseFG 2004, BGBl. I Nr. 136/2003,

3. nach Abschnitt II des Publizistikförderungsgesetzes 1984 – PubFG, BGBl. Nr. 369/1984, sowie

4. die mit den in Z 1 bis 3 angeführten Fördermaßnahmen insofern inhaltlich vergleichbar sind, als insbesondere die inhaltliche Gestaltung, Herstellung oder Verbreitung eines periodischen Druckwerks oder die inhaltliche Gestaltung und Ausstrahlung oder Abrufbarkeit eines periodischen elektronischen Mediums gefördert werden,

den Namen des Förderungsempfängers und die Gesamtsumme der jeweils innerhalb eines Quartals gewährten Förderungen bekanntzugeben. Maßgeblich ist die Zusage der Förderung, wobei nachträgliche Änderungen nicht zu berücksichtigen sind. § 2 Abs. 3 und 4 sowie § 3 sind sinngemäß anzuwenden.

(2) Wurden von einem Rechtsträger keine Förderungen im Sinne des Abs. 1 im jeweils maßgeblichen Zeitraum vergeben oder beträgt die Gesamthöhe der Förderung an einen Medieninhaber nicht mehr als 5 000 Euro im entsprechenden Quartal, so ist dies im Wege der Webschnittstelle (§ 2 Abs. 3) gesondert bekanntzugeben.

(3) ...“

Die Bekanntgabepflichten gemäß §§ 2 und 4 MedKF-TG betreffen sämtliche Rechtsträger, die unter der Kontrolle des Rechnungshofes stehen. Das Gesetz trifft keine Unterscheidung dahingehend, ob ein Rechtsträger tatsächlich Werbeaufträge erteilt, Medienkooperationen eingetht oder Förderungen zusagt, oder ob er dazu überhaupt berechtigt oder in der Lage ist. Dass es sich beim Wasserverband Südliches Burgenland I um einen Rechtsträger handelt, welcher der Gebarungskontrolle durch den Rechnungshof unterliegt, ergibt sich bereits aus Art. 121 Abs. 1 B-VG, der zufolge der Rechnungshof zur Überprüfung der Gebarung der Gemeindeverbände berufen ist.

Der Beschuldigte hat es unterlassen, die Bekanntgaben an die KommAustria, zu denen der Wasserverband Südliches Burgenland I verpflichtet ist, innerhalb der zweiwöchigen Frist gemäß § 2 Abs. 3 MedKF-TG sowie innerhalb der dem Rechtsträger gesetzten Nachfrist gemäß § 3 Abs. 2 MedKF-TG – d.h. bis zum 24.08.2016 – im Wege der dafür auf der Website der RTR-GmbH unter [www.rtr.at](http://www.rtr.at) eingerichteten Webschnittstelle zu veranlassen.

Der Beschuldigte ist dem Vorwurf der unterlassenen Bekanntgabe nicht entgegen getreten. Vielmehr wurde ausgeführt, dass die Abgabe der Meldung versäumt worden sei, unter anderem deshalb, weil das Mahnschreiben der KommAustria dem Beschuldigten (intern) nicht zur Kenntnis gebracht worden sei. Dieses Vorbringen kann allerdings durch den entsprechenden Zustellnachweis (Zustellung an den Verband) im Akt entkräftet werden.

Dass die Verpflichtung zur Bekanntgabe nach dem MedKF-TG über die Webschnittstelle der RTR-GmbH seitens des Rechtsträgers offenbar mit einer Datenbekanntgabe an den Rechnungshof verwechselt wurde, ändert nichts an der objektiven Erfüllung des Tatbestandes des § 5 Abs. 1 MedKF-TG.

Das Tatbild nach § 5 Abs. 1 MedKF-TG besteht in der nicht fristgerechten und damit nicht rechtzeitigen Erfüllung der Bekanntgabepflichten gemäß § 2 oder § 4 MedKF-TG. Die Tat ist mit Ablauf der Frist vollendet. Es handelt sich um ein Unterlassungsdelikt mit der Wirkung eines Zustandsdelikts.

Angesichts des festgestellten Sachverhaltes ist der Tatbestand des § 5 Abs. 1 MedKF-TG

hinsichtlich der Bekanntgabepflichten nach den §§ 2 und 4 MedKF-TG in objektiver Hinsicht erfüllt.

Im vorliegenden Fall dauerte die Frist für die Bekanntgaben von 01.07.2016 bis zum Ende der Nachfrist, die dem Wasserverband Südliches Burgenland I von der KommAustria gesetzt wurde, am 24.08.2016. Mit Ablauf des 24.08.2016 war die Tat vollendet.

#### **4.3. Zur strafrechtlichen Verantwortlichkeit des Beschuldigten**

Gemäß § 9 Abs. 1 VStG ist für die Einhaltung der Verwaltungsvorschriften durch juristische Personen oder eingetragene Personengesellschaften, sofern die Verwaltungsvorschriften nicht anderes bestimmen und soweit nicht verantwortliche Beauftragte nach § 9 Abs. 2 VStG bestellt sind, strafrechtlich verantwortlich, wer zur Vertretung nach außen berufen ist.

Der Beschuldigte war nach dem Ermittlungsverfahren im Tatzeitraum Obmann des Wasserverbandes Südliches Burgenland I und damit zur Vertretung dieses Gemeindeverbandes nach außen berufen. Ein für die Einhaltung der Verpflichtungen nach dem MedKF-TG verantwortlicher Beauftragter war nicht bestellt. Der Beschuldigte war daher für die Einhaltung der Verpflichtungen des Wasserverbandes Südliches Burgenland I nach dem MedKF-TG verwaltungsstrafrechtlich verantwortlich.

#### **4.4. Zum Verschulden des Beschuldigten**

Zur Erfüllung der subjektiven Tatseite muss die Verwaltungsübertretung dem Beschuldigten auch vorzuwerfen sein. Hierbei ist zunächst zu prüfen, ob die Verwaltungsübertretung gemäß § 5 Abs. 1 MedKF-TG als Erfolgsdelikt oder als Ungehorsamsdelikt zu qualifizieren ist.

Gemäß § 5 Abs. 1 VStG genügt, wenn eine Verwaltungsvorschrift über das Verschulden nicht anderes bestimmt, zur Strafbarkeit fahrlässiges Verhalten. Fahrlässigkeit ist bei Zuwiderhandeln gegen ein Verbot oder bei Nichtbefolgung eines Gebotes dann ohne weiteres anzunehmen, wenn zum Tatbestand einer Verwaltungsübertretung der Eintritt eines Schadens oder einer Gefahr nicht gehört und der Täter nicht glaubhaft macht, dass ihn an der Verletzung der Verwaltungsvorschrift kein Verschulden trifft.

Bei Ungehorsamsdelikten besteht das Tatbild in einem bloßen Verhalten ohne Merkmal eines Erfolges. Was die innere Tatseite anlangt, ist somit zunächst festzuhalten, dass es sich bei den vorgeworfenen Verstößen gegen § 5 Abs. 1 iVm § 2 und § 5 Abs. 1 iVm § 4 MedKF-TG um Ungehorsamsdelikte handelt, weil weder der Eintritt eines Schadens noch einer Gefahr vorausgesetzt ist und nichts über das Verschulden bestimmt wird. Bei Ungehorsamsdelikten verlangt die in § 5 Abs. 1 zweiter Satz VStG verankerte widerlegliche Schuldvermutung zu Lasten des Täters, dass dieser von sich aus sein mangelndes Verschulden glaubhaft zu machen hat. Das bedeutet aber, dass der Beschuldigte alles initiativ darzulegen hat, was für seine Entlastung spricht. Dazu bedarf es etwa der Darlegung, dass er im Betrieb ein wirksames Kontrollsystem eingerichtet hat, sodass er unter vorhersehbaren Verhältnissen mit gutem Grund die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften erwarten konnte (vgl. VwGH 27.04.2011, 2010/08/0172, mwN). Dabei genügt es nicht, ein derartiges Kontrollsystem abstrakt zu umschreiben. Vielmehr muss ausgeführt werden, wie das Kontrollsystem im Einzelnen funktionieren hätte sollen (VwGH 10.10.2004, 2004/02/0269), wobei es insbesondere nicht ausreicht, Mitarbeitern Belehrungen oder Dienstanweisungen über die einzuhaltenden Rechtsvorschriften zu erteilen, ohne deren tatsächliche Einhaltung auch zu kontrollieren (vgl. VwGH 04.07.2000, 2000/11/0123; 25.02.2010, 2008/09/0224). Abgesehen davon muss dargelegt werden, wieso – trotz Vorliegens eines funktionierenden Kontrollsystems – die Übertretung nicht verhindert werden konnte.

Im Verfahren wurden keine Umstände vorgebracht, die darauf schließen lassen, dass ein wirksames Kontrollsystem, um den Meldeverpflichtungen des Wasserverbandes Südliches Burgenland I nachzukommen, bestanden hat. Vielmehr wurde ausgeführt, dass es sich um ein einfaches Versäumnis gehandelt habe, unter anderem deswegen, da angenommen worden sei, der Verpflichtung zur Bekanntgabe nach dem MedKF-TG über die Webschnittstelle der RTR-GmbH bereits mit einer Datenbekanntgabe an den Rechnungshof nachgekommen zu sein. Zudem seien die Meldungen nach dem MedKF-TG ursprünglich von der Sekretärin Frau CD vorgenommen worden und diese sei mit 01.07.2016 in Karenz gegangen. Davor habe sie noch Urlaub konsumiert, weswegen sie bereits zwei bis drei Wochen davor nicht mehr im Büro

gewesen sei. Bereits mit 01.04.2016 sei Frau AB als Karenzvertretung und Sekretariatskraft tätig und diese noch in die Aufgaben von Frau CD eingeschult worden.

Im Lichte der Rechtsprechung des Verwaltungsgerichtshofes vermögen diese Umstände zwar faktisch zu erklären, weshalb die Meldungen unterlassen wurden, stellen jedoch keinen verwaltungsstrafrechtlichen Entschuldigungsgrund dar: Angesichts der periodisch wiederkehrenden Bekanntgabefristen nach dem MedKF-TG wäre es gerade Aufgabe des Beschuldigten gewesen, ein wirksames Kontrollsystem zur Einhaltung der §§ 2 und 4 MedKF-TG einzurichten, um die Einhaltung der Verwaltungsvorschriften sicherzustellen. Dazu zählt auch, dass etwaige Karenzvertretungen ordnungsgemäß eingeschult werden. Dass dies geschehen ist, wurde vom Beschuldigten allerdings nicht behauptet. Ganz im Gegenteil brachte der Beschuldigte vor, über Meldungen nach dem MedKF-TG generell nicht informiert gewesen zu sein.

Das Vorbringen des Beschuldigten ist somit insgesamt nicht geeignet, die Schuldvermutung gemäß § 5 Abs. 1 zweiter Satz VStG zu widerlegen.

Der Beschuldigte hat jedenfalls fahrlässig die Verwaltungsübertretungen nach § 5 Abs. 1 iVm § 2 und § 4 MedKF-TG, jeweils iVm § 9 Abs. 1 VStG begangen.

#### **4.5. Strafbemessung**

Grundlage für die Bemessung der Strafe sind gemäß § 19 Abs. 1 VStG die Bedeutung des strafrechtlich geschützten Rechtsgutes und die Intensität seiner Beeinträchtigung durch die Tat. Gemäß § 19 Abs. 2 VStG sind im ordentlichen Verfahren (§§ 40 bis 46) überdies die nach dem Zweck der Strafdrohung in Betracht kommenden Erschwerungs- und Milderungsgründe, soweit sie nicht schon die Strafdrohung bestimmen, gegeneinander abzuwägen. Auf das Ausmaß des Verschuldens ist besonders Bedacht zu nehmen. Unter Berücksichtigung der Eigenart des Verwaltungsstrafrechtes sind die §§ 32 bis 35 des Strafgesetzbuches sinngemäß anzuwenden. Die Einkommens- und Vermögensverhältnisse und allfällige Sorgepflichten des Beschuldigten sind bei der Bemessung von Geldstrafen zu berücksichtigen.

Gemäß § 45 Abs. 1 Z 4 VStG hat die Behörde von der Einleitung oder Fortführung eines Strafverfahrens abzusehen und die Einstellung zu verfügen, wenn die Bedeutung des strafrechtlich geschützten Rechtsgutes und die Intensität seiner Beeinträchtigung durch die Tat und das Verschulden des Beschuldigten gering sind. Anstatt die Einstellung zu verfügen, kann die Behörde jedoch dem Beschuldigten unter Hinweis auf die Rechtswidrigkeit seines Verhaltens mit Bescheid eine Ermahnung erteilen, wenn dies geboten erscheint, um ihn von der Begehung strafbarer Handlungen gleicher Art abzuhalten.

Voraussetzung für die Anwendung des § 45 Abs. 1 Z 4 VStG ist das kumulative Vorliegen der in dieser Gesetzesstelle genannten Kriterien. Von geringem Verschulden iSv § 45 Abs. 1 Z 4 VStG ist jedoch nur dann zu sprechen, wenn das tatbildmäßige Verhalten des Täters hinter dem in der betreffenden Strafdrohung typisierten Unrechtsgehalt und Schuldgehalt erheblich zurückbleibt (vgl. zu § 21 VStG aF: VwGH 16.09.2010, 2010/09/0141 und VwGH 06.11.2012, 2012/09/0066). Unbedeutende Folgen zieht eine Tat etwa nach sich, wenn der von der betroffenen Norm gewünschte Zustand im Wesentlichen auf eine andere Weise ohnehin eingetreten ist.

Im vorliegenden Fall tritt das tatbildmäßige Verhalten nicht erheblich hinter dem in der betreffenden Strafdrohung typisierten Unrechts- und Schuldgehalt zurück. Der Zweck des § 5 Abs. 1 MedKF-TG besteht gerade darin, das Ziel der umfassenden Transparenz sicherzustellen und die Unterlassung von Bekanntgaben gemäß § 2 und § 4 MedKF-TG zu verhindern. Das Verhalten des Beschuldigten beeinträchtigt diesen Zweck somit nicht nur unerheblich. Vielmehr liegt ein typischer Fall einer Verletzung des § 5 Abs. 1 MedKF-TG vor. Dem Beschuldigten ist auch nicht gelungen, ein funktionierendes Kontrollsystem, durch welches die Einhaltung der einschlägigen Verwaltungsvorschriften jederzeit sichergestellt werden kann, glaubhaft zu machen, sodass nicht von einem geringfügigen Verschulden iSd § 45 Abs. 1 Z 4 VStG gesprochen werden kann. Zudem ist der Beschuldigte durch mehrere Schreiben der KommAustria – die dem Wasserverband Südliches Burgenland I nachweislich auch zugestellt worden sind – auf die Bekanntgabepflichten des Wasserverbandes Südliches Burgenland I hingewiesen worden. Ein Absehen von der Fortführung eines Strafverfahrens gemäß § 45 Abs. 1 Z 4 VStG ist somit ausgeschlossen. Andere Strafausschließungsgründe liegen ebenfalls nicht vor.



Die Einkommens-, Vermögens- und Familienverhältnisse des Beschuldigten sind bei der Bemessung von Geldstrafen zu berücksichtigen. Der Beschuldigte hat dazu im Rahmen der mündlichen Vernehmung Angaben gemacht, die als glaubhaft einzuschätzen waren (vgl. dazu Punkt 3.).

Als strafmildernd war anzusehen, dass es sich hierbei um die bisher erste Verwaltungsübertretung dieser Art handelt. Im Übrigen hat sich auf Grund der Abgabe einer fristgerechten Meldung betreffend das dritte und vierte Quartal 2016 gezeigt, dass bereits wirksame Maßnahmen gesetzt wurden, um zukünftige Rechtsverletzungen zu vermeiden und eine bessere Kontrolle zu gewährleisten. Erschwerungsgründe liegen keine vor.

Unter Berücksichtigung des Schuldausmaßes konnte mit einer Strafe von jeweils EUR 250,- pro Verwaltungsübertretung, welche am untersten Ende des Strafrahmens angesiedelt ist (Höchstmaß EUR 20.000,-), das Auslangen gefunden werden.

Wird eine Geldstrafe verhängt, so ist gemäß § 16 Abs. 1 VStG zugleich für den Fall ihrer Uneinbringlichkeit eine Ersatzfreiheitsstrafe festzusetzen. Gemäß § 16 Abs. 2 VStG darf die Ersatzfreiheitsstrafe das Höchstmaß der für die Verwaltungsübertretung angedrohten Freiheitsstrafe und, wenn keine Freiheitsstrafe angedroht und nicht anderes bestimmt ist, zwei Wochen nicht übersteigen. Eine Ersatzfreiheitsstrafe von mehr als zwei Wochen ist, wenn keine Freiheitsstrafe angedroht ist, nicht zulässig. Sie ist ohne Bedachtnahme auf § 12 VStG nach den Regeln der Strafbemessung festzusetzen. Die festgesetzten Ersatzfreiheitsstrafen erscheinen der KommAustria mit Rücksicht auf die obigen Ausführungen zur Bemessung der Geldstrafe angemessen.

#### **4.6. Kosten des Strafverfahrens**

Gemäß § 64 Abs. 1 VStG ist in jedem Straferkenntnis auszusprechen, dass der Bestrafte einen Beitrag zu den Kosten des Strafverfahrens zu leisten hat. Gemäß § 64 Abs. 2 VStG ist dieser Beitrag für das Verfahren erster Instanz mit 10% der verhängten Strafe, mindestens jedoch mit je EUR 10,- zu bemessen; bei Freiheitsstrafen ist zur Berechnung der Kosten ein Tag Freiheitsstrafe gleich EUR 100,- anzurechnen. Der Kostenbeitrag fließt der Gebietskörperschaft zu, die den Aufwand der Behörde zu tragen hat.

Vor diesem Hintergrund war auszusprechen, dass der Beschuldigte einen Beitrag zu den Kosten des Strafverfahrens in Höhe von 10% der verhängten Strafe zu leisten hat.

#### **4.7. Haftung des Wasserverbandes Südliches Burgenland I**

Gemäß § 9 Abs. 7 VStG haften juristische Personen und eingetragene Personengesellschaften sowie die in § 9 Abs. 3 VStG genannten natürlichen Personen für die über die zur Vertretung nach außen Berufenen oder über einen verantwortlichen Beauftragten verhängten Geldstrafen, sonstige in Geld bemessene Unrechtsfolgen und die Verfahrenskosten zur ungeteilten Hand. Es war daher auszusprechen, dass der Wasserverband Südliches Burgenland I für die über den Beschuldigten verhängten Geldstrafen zur ungeteilten Hand haftet.

Es war daher spruchgemäß zu entscheiden.

## Rechtsmittelbelehrung:

Sie haben das Recht gegen diesen Bescheid Beschwerde zu erheben.

Eine rechtzeitig eingebrachte und zulässige Beschwerde hat aufschiebende Wirkung, das heißt, der Bescheid kann bis zur abschließenden Entscheidung nicht vollstreckt werden.

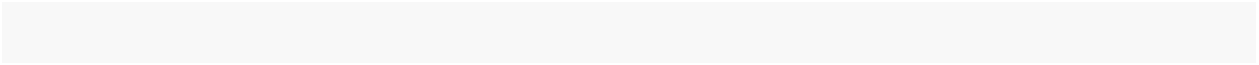
Die Beschwerde ist innerhalb von vier Wochen nach Zustellung dieses Bescheides schriftlich bei uns einzubringen. Falls Sie innerhalb der Beschwerdefrist die Beigebung eines Verteidigers/einer Verteidigerin beantragen, beginnt die Beschwerdefrist erst mit dem Zeitpunkt zu laufen, in dem der Beschluss über die Bestellung des Rechtsanwalts/der Rechtsanwältin zum Verteidiger/zur Verteidigerin und der anzufechtende Bescheid diesem/dieser zugestellt sind. Wird der rechtzeitig gestellte Antrag auf Beigebung eines Verteidigers/einer Verteidigerin abgewiesen, beginnt die Beschwerdefrist mit der Zustellung des abweisenden Beschlusses an Sie zu laufen.

Die Beschwerde hat den Bescheid, gegen den sie sich richtet, und die Behörde, die den Bescheid erlassen hat, zu bezeichnen. Weiters hat die Beschwerde die Gründe, auf die sich die Behauptung der Rechtswidrigkeit stützt, das Begehren und die Angaben, die erforderlich sind, um zu beurteilen, ob die Beschwerde rechtzeitig eingebracht ist, zu enthalten.

Sie haben das Recht, in der Beschwerde zu beantragen, dass eine öffentliche mündliche Verhandlung durchgeführt wird. Bitte beachten Sie, dass Sie, falls die Behörde von der Erlassung einer Beschwerdevorentscheidung absieht, auf Ihr Recht auf Durchführung einer Verhandlung verzichten, wenn Sie in der Beschwerde keinen solchen Antrag stellen.

Die Beschwerde kann in jeder technisch möglichen Form übermittelt werden.

Technische Voraussetzungen oder organisatorische Beschränkungen des elektronischen Verkehrs sind auf folgender Internetseite bekanntgemacht:



Bitte beachten Sie, dass der Absender/die Absenderin die mit jeder Übermittlungsart verbundenen Risiken (zB Übertragungsverlust, Verlust des Schriftstückes) trägt.

Kommunikationsbehörde Austria

Dr. Martina Hohensinn  
(Mitglied)

## Zustellverfügung:

1. XY, p.A. Wasserverband Südliches Burgenland I, Beim Wasserwerk 3, 7400 Oberwart, **per RSb**
2. Wasserverband Südliches Burgenland I, Beim Wasserwerk 3, 7400 Oberwart, **per RSb**